

Macht was für...

...den Lahn-Dill-Kreis

Sozial gerecht.

Nachhaltig.

Für alle!

Kommunalwahlprogramm



@linke_lahndill



@DIE.LINKE.LDK

DIE LINKE.
Kreisverband Lahn-Dill

1

2 **Gliederung:**

3

4 **Titel** **Seite**

6 Vorwort 2

8 1 MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT VOR ORT 2

9 1.1 Soziale Wohnungspolitik 3

10

11 2 BILDUNG 4

12 2.1 Kita 4

13 2.2 Schule 5

14 2.3 Weitere Bildungsstätten 6

15

16 3 GESUNDHEITSVERSORGUNG 6

17

19 4 UMWELT UND TIERSCHUTZ - SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU 6

20 4.1 Sozialökologische Verkehrspolitik 7

21 4.2 Energiepolitik 9

22

24 5 JUGENDPOLITIK 10

25

27 6 DIGITALISIERUNG und Verwaltung 11

28 6.1 Verwaltung 11

29

31 7 GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE 12

32 7.1 Inklusion 12

33 7.2 Frauenpolitik 13

34 7.3 Kultur 13

35

37 8 ANTIFASCHISMUS - KAMPF GEGEN RECHTS 14

38

40 9 FLÜCHTLINGSPOLITIK 15

41

43 10 FINANZIERUNG 16

44

45

46

47

48

49 **Einleitung:**

50

51 Für uns ist klar: Der Lahn-Dill-Kreis braucht eine andere, sozial gerechtere und nachhaltigere
52 Politik. Hessen ist ein reiches Land. Die Zahl der Einkommensmillionäre ist auf einem historischen
53 Höchststand. Allerdings steigt auch die Armutsquote dramatisch – seit 2006 ist die Zahl der von
54 Armut betroffenen bzw. bedrohten Menschen um mehr als ein Drittel gestiegen. Mehr als in jedem
55 anderen Bundesland. Inzwischen liegt die Armutsquote bei Kindern und Jugendlichen laut
56 Armutsbericht 2020 bei 21,9%.

57

59 Wir verstehen uns als sozial-ökologische Alternative, als Bindeglied zwischen Bewegungen,
60 Gewerkschaften, Vereinen oder Bürger:inneninitiativen und Parlament. Der Grundsatz der
61 Hessischen Verfassung (Art. 38), wonach die Wirtschaft dem Wohle der Bevölkerung zu dienen hat,
62 ist für uns hierbei die Richtschnur unseres Handelns.

63

65 Wir stehen für mehr demokratische Beteiligung aller hier lebenden Menschen, unabhängig von
66 Herkunft, Pass oder Hautfarbe. Ausgrenzung, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit begegnen
67 wir auf allen Ebenen mit größter Entschlossenheit. Wir stehen für einen Klima- und Umweltschutz,
68 der seinen Namen verdient. Wir stehen für eine Politik, in der Krankenhäuser oder Pflegeheime
69 sich um Menschen und nicht um Profite kümmern können. Und für eine Politik, die den ländlichen
70 Raum infrastrukturell – vom ÖPNV über den Dorfladen bis hin zum schnellen Internet - wieder
71 attraktiv und lebenswert gestaltet. Das alles ist keine Utopie, sondern machbar.

72

73 ***Bist Du dabei?***

74

75

76

77 **1 MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT VOR ORT**

78

79 Die soziale Spaltung, die auf dem Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, das heißt auf dem
80 Besitz und dem Nichtbesitz der Produktionsmittel beruht, die sich aus der immer weiter öffnenden
81 Schere zwischen Arm und Reich ergibt, kann nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben
82 werden, aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und
83 ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

84

85 Hartz IV ist Armut per Gesetz und gehört abgeschafft. Wir nutzen jeden Handlungsspielraum in der
86 Kommune, etwa im Bereich der Jobcenter, um den Folgen dieser Armutsgesetzgebung
87 entgegenzutreten und eine sanktionsfreie Praxis zu erzielen.

88

89 In den Städten und Gemeinden stehen wir für die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen
90 und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (von
91 Kindergärten über Büchereien, Bädern, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen
92 Verkehrsmittel) gewährt, sodass Versorgungsbetriebe, mit Hilfe von Sozialtarifen eine soziale
93 Preisgestaltung einführen. Die Jugendämter müssen personell aufgestockt werden, damit der
94 Schutz von Kindern und Jugendlichen besser gewährleistet wird.

95

97

98 Deshalb fordern wir im Kreis:

99

100 → Auf Sanktionsmaßnahmen für den Hartz IV-Bereich zu verzichten,

101 → dass Strom- und Gassperren verhindert werden,

102 → die Umwandlung von 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze,

103 → die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors (z.B. Reinigung öffentlicher Gebäude),

104 → dass in allen Ausschreibungen zur Auftragsvergabe soziale Mindeststandards wie Tarif- bzw.

105 Mindestlohn gefordert werden.

106

107 In Städten und Gemeinden fordern wir ergänzend:

108

109 → Die Einführung von Sozialpässen,

110 → den Aufbau bzw. Ausbau und die Unterhaltung von kostenfreien Treffpunkten für Jugendliche,

111 Senior*innen, Menschen mit Behinderung, Migrant*innen, etc.,

112

113 → die Förderung von alten-, behindertengerechtem und generationsübergreifendem Wohnen,

114 → die Ausgestaltung konkreter Hilfsangebote für Menschen ohne Obdach, z.B. Vorhaltung von

115 Wohnraum, Kältebus, etc.

116

118 **1.1 Soziale Wohnungspolitik**

119

121 Auch im Lahn-Dill-Kreis existiert ein Mangel an bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum. So

122 gibt es im gesamten Landkreis nicht mal 1000 Wohnungen mit Mietpreisbindung. Die Anzahl wird

123 sich weiter verringern, da immer mehr aus der Preisbindung fallen und in den letzten Jahren keine

124 neuen sogenannte Sozialwohnungen gebaut wurden. Besonders in den ländlichen Gemeinden gibt

125 es kaum bezahlbaren Wohnraum für Singles, kinderlose Paare, Menschen mit Behinderung und

126 Bezieher*innen von Sozialleistungen. Dadurch steigt der Druck auf die größeren Städte und treibt

127 dort die Mietpreise noch weiter nach oben. Schon heute wohnen über 40% der Bezieher*Innen

128 von Sozialleistungen des Kreises in Wetzlar.

129

130 Der Kreis muss ein Interesse daran haben, dass im gesamten Kreis ausreichend bedarfsgerechter

131 Wohnraum vorhanden ist und darf deshalb das Problem nicht auf sie alleine Städte und

132 Gemeinden abwälzen. Deshalb wird sich die Linke weiter dafür einsetzen, dass sich der Kreis

133 gemeinsam mit den Städten und Gemeinden um die Schaffung von ausreichend bezahlbarem,

134 bedarfsgerechtem Wohnraum kümmert und dies nicht allein dem Markt überlässt.

135

136 Die Linke schlägt vor, dass der Kreis eine eigene Wohnungsbaugesellschaft gründet an der sich die

137 Städte und Gemeinden beteiligen sollten. In unserer Nachbarschaft dem Landkreis Gießen wurde

138 bereits 2017 eine entsprechende Gesellschaft gegründet, der sich mittlerweile alle 19 Städte und

139 Gemeinden im Landkreis angeschlossen haben.

140
141 Für DIE LINKE ist Wohnen ein Grundrecht und gehört somit zur Daseinsvorsorge.

142
143 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in allen Städten und Gemeinden:

- 144
145 → Ein Mietspiegel erstellt wird,
146
147 → dass kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften gefördert
148 werden,
149
150 → dass Städte und Gemeinden, in denen Bedarf besteht, Bauland öffentlichen
151 Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften zur Errichtung von Sozialwohnungen zur
152 Verfügung stellen; bei neuen Baugebieten sollen mindestens 30% für den sozialen Wohnungsbau
153 reserviert werden,
154
155 → dass der Leerstand von Wohnungen zu Spekulationszwecken und ihre Umwandlung in
156 Gewerberäume in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf unterbunden wird,
157
158 → dass Grundstücke überwiegend in Erbpacht abgegeben werden,
159 → dass Wohnungsbau mit langer Sozialbindung geschaffen wird.

160

162 **2. Lebenslanges Lernen (Bildung)**

163

164 **2.1 Kindertagesstätten**

165

166 Frühkindliche Bildung fängt bereits in jungen Jahren an, deshalb muss eine krisen- und
167 katastrophenunabhängige Bereitstellung von Fachpersonal, Plätzen und Kindertagesstätten eine
168 wichtige Aufgabe des kommunalen Handelns sein. Eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und
169 Erzieher muss zudem gewährleistet werden.

170

171 DIE LINKE fordert daher:

172

173 → den zügigen Ausbau der Kindertageseinrichtungen mit kostenlosen Plätzen ,

174 → die Kitas i.d.R. zu Ganztagesstätten zu erweitern,

175 → die Betreuung und Förderung dieser Kinder durch geeignetes und qualifiziertes pädagogisches
176 Fachpersonal,

177

178 → dass für maximal drei Kinder bis drei Jahren oder maximal acht Kinder ab drei Jahren ein/e
179 Betreuer*in zur Verfügung steht,

180

181 → diese Einrichtungen mit genügend Sachmitteln ausgestattet werden,
182 außerdem eine 24-Stunden-Kita.

183

184

185

186

187

188 **2.2. Schule**

189

190 DIE LINKE steht für ein anderes Schulkonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip individuelle
191 Förderung. Wo Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können, wird sich DIE
192 LINKE für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem durch integrative
193 Gemeinschaftsschulen ersetzt. Diese sind personell und sachlich so auszustatten, dass an ihnen
194 inklusiver Unterricht stattfinden kann. Das heißt auch, dass der Bildungsabschluss nicht mehr von
195 den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängen darf.

196

197 Wir fordern Ganztagschulen, die zu einer individuellen Förderung der Kinder in der Lage sind.
198 Dazu gehört auch eine entsprechende räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen.
199 Kostenloses, in öffentlichen Küchen gekochtes Essen aus nachhaltigem und regionalem Anbau
200 muss zum Standard jeder Bildungsstätte gehören.

201

202 In den Schulen müssen zudem die Grundlagen für einen angemessenen Unterricht des 21.
203 Jahrhunderts geschaffen werden und sie müssen auch weiterhin mit genügend Bau- und
204 Sachmitteln ausgestattet werden.

205

206 Das heißt konkret, dass Schulen flächendeckend mit Computern und Breitband-
207 Internetanschlüssen ausgestattet werden müssen. Wir erwarten vom Land Hessen, dass es
208 ausreichend Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der digitalen Lehre
209 bereitstellt.

210

211 Schulen und Bildungseinrichtungen sind zudem ein Schutzraum für junge Menschen. Deshalb sind
212 Schulen kein Ort für Lobbyisten und erst recht kein Rekrutierungsfeld für die Bundeswehr – Panzer
213 und Militärgerät haben demzufolge auf Schulhöfen nichts zu suchen, auch nicht auf
214 Berufsbildungsmessen.

215

217 Wir fordern daher:

218

219 → Die Linke setzt sich für den Erhalt aller Schulstandorte des Landkreises sowie beim
220 Kultusministerium für das Hessenkolleg ein. Darüber hinaus sollen bedarfsgerechte Erweiterungen
221 z.B. bei steigenden Schülerzahlen vorgenommen werden.

222

223 → Alle Barrieren, die eine inklusive Beschulung behindern, müssen beseitigt werden,
224 Ausstattung der Schulen und bedürftiger Schüler*innen mit den erforderlichen Geräten für den
225 digitalen Unterricht. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass ausreichen qualifiziertes
226 Personal für die Einrichtung und Wartung der Geräte bereitgestellt wird,

227

228 → die Beschulung in Containern durch Schaffung geeigneter Räumlichkeiten beenden,
229 Beteiligung der Schulen an Projekten, z.B. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu
230 fördern,

231 → Vorlage eines regelmäßiger Schulentwicklungsplanes.

232

233

234

236

237 **2.3. Weitere Bildungseinrichtungen**

238

239 Die Wahrnehmung kultureller Angebote, wie beispielsweise der Stadtbüchereien, soziokulturellen
240 Treffpunkten, Musikschulen und Veranstaltungen dürfen kein Luxus für wohlhabender
241 Bürgerinnen und Bürger sein. Kulturelle Angebote gehören grundlegend zur Lebensentfaltung aller,
242 und deshalb müssen Städte und Gemeinden die kulturelle Arbeit weiterhin fördern, anstatt sich
243 aus der Arbeit zurückzuziehen mit der Begründung, dass es sich angeblich um freiwillige
244 Leistungen handeln würde.

245

246

247 **3 GESUNDHEITSVERSORGUNG**

248

249 Schon heute lässt sich in einigen ländlichen Gebieten eine deutliche Unterversorgung in Sachen
250 Haus- und Fachärzten, Rettungsdiensten sowie Krankenhäusern feststellen. Dieser Trend gefährdet
251 im wahrsten Sinne des Wortes Leben.

252

253 Die Tatsache, dass viele Krankenhäuser heute profitorientierte Unternehmen sind, verschärft die
254 Lage zusätzlich. Privatisierungen haben gezeigt, dass sie die Leistungen für die Menschen vor Ort
255 reduzieren und zugleich die Arbeitsbedingungen und Entlohnung der Beschäftigten verschlechtern.
256 Die Wertschätzung des Personals, das eine sehr wichtige Arbeit für uns alle leistet, muss sich auch
257 in der Bezahlung niederschlagen.

258

259 Für DIE LINKE. ist klar: Im Gesundheitswesen darf nicht der Gewinn, sondern muss der Mensch im
260 Mittelpunkt stehen.

261

262 Deshalb fordern wir:

263

264 → Privatisierungen im Gesundheitsbereich sind strikt abzulehnen. Wo möglich streben wir eine
265 Rekommunalisierung an,

266

267 → keine Schließung von Krankenhäusern,

268

269 → den Erhalt von Arztpraxen im ländlichen Raum muss sichergestellt werden, deshalb muss der
270 Kreis Anreize schaffen, damit sich Ärztinnen und Ärzte sorgenfreier als bisher im ländlichen Raum
271 niederlassen bzw. Praxen übernehmen können,

272

273 → Einrichtungen im Gesundheitswesen müssen barrierefrei zugänglich sein,

274

275 → Aufstockung der Ausbildungsplätze in allen Gesundheitsberufen, zudem fordern wir von der
276 Landesregierung die Zulassungsbeschränkungen zu medizinisch relevanten Studiengängen zu
277 überarbeiten.

278

280 **4 UMWELT – SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU, NATUR-UND TIERSCHUTZ**

281

282 Für uns hat die Umwelt Vorrang. Wir setzen uns dafür ein, dass Fußgänger*innen,
283 Radfahrer*innen und die öffentlichen Verkehrsmittel gestärkt werden. Auch auf kommunaler
284 Ebene können wir die Augen vor dem Klimawandel nicht schließen. Wir stehen dort an der Seite

285 von Organisationen, Bewegungen und Initiativen im Natur-und Umweltschutz, deren Expertise wir
286 für eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte kommunale Umweltpolitik für unerlässlich
287 halten.

288
289 Dazu wollen wir:

- 290
291 → öffentliche Auftragsvergabe stärker an Umwelt-und Sozialverträglichkeit koppeln,
292 → eine bessere personelle und materielle Ausstattung des Veterinärarnstes.

293
294 Zudem in Städten und Gemeinden:

295
296 → Erhöhung der Fundtierpauschale auf 1,50 Euro pro Jahr und Bürger*In zur Sicherung der
297 Finanzierung der Tierheime,

298
299 → Wildtierversot sowie generelles Tierversot in Zirkussen umsetzen,

300 → Einführung einer Kastrationspflicht für Katzen,

301

302 → Nisthilfen und Wildblumenwiesen anlegen,

303

304 → mehr Baumpflanzungen entlang Hauptverkehrsachsen – Parkanlagen statt Parkplätze,

305

306 → Urban Gardening: Anpflanzung von Nutzpflanzen im Stadtbereich und Pflege durch
307 Patenschaften.

308

309 → Silvesterfeuerwerke sind nur auf eigens dafür vorgesehenen Flächen in den Städten und 120
310 Gemeinden zuzulassen.

311

312

313 **4.1 SOZIALÖKOLOGISCHE VERKEHRSPOLITIK**

314

315 DIE LINKE steht für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus ökologischen und
316 sozialen Gründen. Die bestehenden öffentlichen Nahverkehrsmittel müssen gefördert und neue
317 Konzepte öffentlicher Mobilität entwickelt werden. Grundsätzlich ist dem öffentlichen
318 Personennahverkehr Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr einzuräumen. Letzterer
319 führt zu immensen Belastungen der Umwelt und der Menschen durch Feinstaub und Lärm. Die
320 ÖPNV-Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen. Insbesondere ärmere Menschen
321 sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, wenn in den Städten die Fahrpreise nicht bezahlbar oder im
322 ländlichen Bereich die öffentlichen Nahverkehrssysteme gar nur unzureichend vorhanden sind.

323

324 DIE LINKE strebt beim RMV perspektivisch einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr an – Städte
325 und Regionen im In- und Ausland zeigen bereits heute, dass dies keine Utopie ist.

326 Integrierte Verkehrskonzepte (intermodale Mobilität), Car-Sharing-Programme und Leihradssysteme
327 müssen gefördert werden. Das Radwegenetz muss in den Städten aber auch über Land ausgebaut
328 werden. Wo irgend möglich, sind entweder parallel zu den Durchgangsstraßen sog. Fahrradstraßen
329 anzulegen oder es sind Fahrradstreifen auf den klassifizierten Straßen einzurichten.

330 DIE LINKE wendet sich gegen ökonomisch fragwürdige und ökologisch unverantwortliche Projekte
331 wie das Millionengrab des Airport Kassel-Calden oder ganz regional betrachtet das Parkhaus in der

332 Wetzlarer Altstadt. Wir unterstützen den Widerstand der Menschen vor Ort gegen Projekte, die
333 das Klima, die Umwelt und die Gesundheit der betroffenen Menschen belasten.

334

335 Deshalb fordern wir:

336

337 → einen verlässlichen und insbesondere in den ländlichen Gemeinden besser und enger
338 getakteten öffentlichen Personennahverkehr – auch an Wochenenden,

339

340 → mittelfristig einen kostenfreien Personennahverkehr für alle,

341 → kostenfreie Beförderung von Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden

342

343 Zudem in Städten und Gemeinden:

344 → Kurzfristig die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Einführung von Jobtickets, bis ein
345 kostenloser ÖPNV eingeführt ist,

346

347 → dass derzeit keine Entwidmung der Bahntrassen von Dietzhöhlzetal- und Solmsbachtalbahn
348 beantragt wird und somit eine Reaktivierung möglich bleibt,

349

350 → ein flächendeckendes Radwegenetz auf bzw. ausbauen,

351 → autofreie Innenstädte,

→ die Abschaffung der Straßenbaubeiträge, die Anliegerbeiträge werden der Kommune vom Land
Hessen erstattet.

352 **Eine Neuordnung der Aufgabenträgerschaft für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**

353

354 Bislang ist die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV im Lahn-Dill-Kreis mit dem Landkreis Limburg-
355 Weilburg in der Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil (VLDW) mbH organisiert. Der städtische
356 Linienbusverkehr von Wetzlar wird in einer eigenen lokalen Nahverkehrsorganisation durchgeführt.
357 Wir fordern die Auflösung der wirtschaftlich ausgerichteten VLDW. An ihrer Stelle muss es einen
358 gemeinsamen Zweckverband mit weitreichenden politischen Gestaltungsmöglichkeiten von Lahn-
359 Dill-Kreis und Stadt Wetzlar geben, welcher einen gemeinsamen lokalen Nahverkehrsplan erstellt
360 und fortschreibt. Des Weiteren fordern wir eine enge Kooperation mit Stadt und Landkreis Gießen.
361 Wetzlar und Gießen bilden einen gemeinsamen urbanen Raum, welcher verkehrstechnisch und
362 infrastrukturell miteinander verflochten ist.

363

364 **RegioTram für Mittelhessen**

365

366 Wir unterstützen den Bau einer RegioTram nach Vorbild Karlsruhe, Kassel oder Tübingen durch die
367 Landkreise, Lahn-Dill, Gießen sowie Marburg und fordern hierzu die genannten
368 Gebietskörperschaften auf sich interkommunal zusammenzuschließen und in einem ersten Schritt
369 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Die RegioTram ist Teil einer zukunftsorientierten
370 Verkehrspolitik, die diese Alternative schafft. Sie fördert die Lebensqualität in den ländlichen
371 Kommunen, erhöht soziale und kulturelle Teilhabe, nimmt den Druck von den Wohnungsmärkten
372 der Oberzentren und unterstützt die Ansiedlung von Unternehmen und Schaffung von
373 Arbeitsplätzen in den Landkreisen. Und nicht zuletzt kann der Bau einer RegioTram in
374 Mittelhessen eins der Schlüsselemente werden, um den CO2 Ausstoß durch den motorisierten

375 Individualverkehr stark zu reduzieren. Hinweis: Für dieses Projekt sind Fördergelder bis 85% der
376 Gesamtkosten möglich.

377

378 **Deutlich bessere Schienenpersonennahverkehrsverbindungen (SPNV)**

379 **Reaktivierung und den Bahnstreckenausbau.**

380

381 Für die Dietzhöhlzalbahn und die Solmsbachtalbahn sind umsetzbare Machbarkeitsstudien zu
382 erstellen, um eine Reaktivierung bzw. einen Wiederaufbau zu ermöglichen. Eine durchgängige
383 Verbindung Gießen-Wetzlar-Albshausen-Kraftsolms-Brandobendorf-Grävenwiesbach-Usingen
384 würde eine direkte Verknüpfung mit der verlängerten S5, der S-Bahn Rhein/Main in Usingen
385 herstellen. Die Lahntalbahn ist auf kompletter Länge im Rahmen des
386 Bundesinvestitionsprogramms zu elektrifizieren.

387

388 **Barrierefreier Ausbau der Haltestellen**

389

390 Alle Bahnsteige der Dillstrecke und der Lahntalbahn sind in einem schrittweisen Konzept
391 barrierefrei auszubauen. Zunächst müssen die heutigen Nahverkehrstriebwagen dort halten.
392 Werden in wenigen Jahrzehnten andere Züge verkehren, muss eine Höhenanpassung aller
393 Bahnsteige mit wenig Investitionsaufwand möglich sein. Des Weiteren fordert die Linke ein
394 Gesamtkonzept für den barrierefreien Ausbau aller Bushaltestellen im Lahn-Dill-Kreis. Nur wenn in
395 Kooperation zwischen Nahverkehrsorganisation, Kreis und Kommunen alle Haltestellen barrierefrei
396 sind, ist die gesetzlich vorgeschriebene Inklusion erfüllt.

397

398

399 **4.2 ENERGIEPOLITIK**

400

401 Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung sind öffentliche Aufgaben. Diese
402 Einrichtungen müssen den Menschen dienen und dürfen nicht der Profitgier privater Kapitaleigner
403 unterworfen werden.

404

405 Viele Kommunen können ihre Strom- und Gasversorgung aus erneuerbaren Energien,
406 Energiegewinnung im Zusammenhang mit der Abfallbehandlung und ihre Wasserversorgung lokal
407 selbst organisieren und sich so von den großen Energiemonopolisten unabhängig machen.

408

409 Deshalb treten wir als DIE LINKE dafür ein:

410

411 Die Ver- und Entsorgung wieder in Stadtwerken als kommunale Eigenbetriebe zu betreiben. Diese
412 sollen sozial gestaffelte Tarife anbieten, damit für alle die Energieversorgung bezahlbar bleibt.
413 Strom oder Gasabschaltungen müssen unterbleiben.

414

415 DIE LINKE unterstützt alle gemeinwirtschaftlichen regionalen und kommunalen Projekte zur
416 ortsnahen regenerativen Energieerzeugung unter Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen
417 Bestimmungen insbesondere durch Wind- oder Wasserkraft.

418

419 Nach und nach sollen die Kommunen auch wieder die Stromnetze in ihren Besitz übernehmen um
420 so lokal die politischen Weichen für eine regional nachhaltige Energiepolitik zu legen. Die
421 Bereitstellung der notwendigen Mittel für solche Investitionen der Kommunen und Kreise in ihre
422 Infrastruktur und ihre Zukunft darf nicht durch die Kommunalaufsicht vereitelt werden.

423
424
425
426
427
428
429
430
431
432
433
434
435
436
437
438
439
440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466
467

Wir wollen für die Kommunen:

→ dass möglichst alle neu geplanten Baugebiete mit einem Nah-Fern-wärmenetz ausgestattet werden,

→ dass die Beratung zur Energieeinsparung und Energieeffizienz im Kreis und in den Kommunen ausgebaut wird,

→ dass für alle kommunalen Einrichtungen ein Energieeffizienzplan weiter erstellt wird.

5. JUGEND – ATTRAKTIVE KOMMUNEN FÜR JUNGE MENSCHEN

Der ländliche Raum, so auch der Lahn-Dill-Kreis, leidet unter einer massiven Abwanderung junger Menschen in die Städte. Dieser Trend wird mittel-bis langfristig die jeweiligen Gemeinden in große Nöte bringen, wenn aufgrund des Wegzuges junger Menschen die Daseinsvorsorge und Infrastruktur nicht mehr im nötigsten Maße aufrecht erhalten werden kann. Deshalb müssen ländliche Gebiete unverzüglich an Attraktivität gewinnen, damit sich junge Menschen im Vergleich zur Stadt nicht weiterhin abgehängt fühlen müssen. Wir treten dafür ein, dass das Wahlalter bei Kommunalwahlen durch die Landesebene auf 16 Jahre gesenkt wird.

Wir fordern auf Kreisebene:

→ Unterstützung bei der Initiierung eines Ring politischer Jugend (RPJ),

→ Einrichtung der Jugendbildungswerke beibehalten und Angebote ausbauen.

Zusätzlich in den Städten und Gemeinden:

→ Teilhabemöglichkeit an Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten für alle Kinder und Jugendliche sicherstellen,

→ Aufbau (und kontinuierlicher Ausbau) eines freien, flächendeckenden W-Lan-Netzes in Städten (City-W-Lan) und Gemeinden,

→ Sportplätze, Spielplätze, Schwimmbäder und Skateparks schaffen und bestehende erhalten,

→ Förderung politischen Engagements durch Schaffung eines Jugendparlaments und eines Jugendfonds zur Verwirklichung eigener Projekte und Miteinbeziehung in kommunale Entscheidungen,

→ Schaffung und Erhalt selbstverwalteter Jugendtreffs,

→ Unterstützung bei der Initiierung eines Rings politischer Jugend (RPJ),

→ Einrichtung der Jugendbildungswerke beibehalten und Angebote ausbauen.

468

469 **6 DIGITALISIERUNG UND VERWALTUNG**

470

471 Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam in allen Bereichen voran. Deutschland hat dieser
472 Entwicklung viel zu lange tatenlos zugeschaut. Das Ergebnis ist, dass Deutschland heute zu den
473 digitalen Entwicklungsländern gehört – mit schlechteren Mobilfunknetzen als z.B. Albanien. Auch
474 die Glasfaserversorgung soll weiter ausgebaut werden.

475

476 Um langfristig nicht gänzlich abgehängt zu werden, müssen Bund und Länder in Zusammenarbeit
477 mit den Kommunen schnell Maßnahmen ergreifen und den Ausbau, insbesondere in den
478 ländlichen Gemeinden vorantreiben. Aus unserer Sicht ist Breitbandversorgung ein
479 Grundbedürfnis, egal in welchem Ort jemand wohnt.

480

481 Wir fordern:

482

483 → Förderung des Ausbaus von Glasfaserkabeln, insbesondere in den ländlichen Gebieten,

484

485 → Auf- und Ausbau eines perspektivisch flächendeckenden, kostenfreien City-W-Lan-Netzes in
486 allen Städten und Gemeinden,

487

488 → Erstellung eines Gutachtens über die Situation der Mobilfunkversorgung im Lahn-Dill-Kreis, um
489 dann konkret weitere Schritte ergreifen zu können,

490

491 → Schulen insofern mit Geräten und Breitbandversorgung ausstatten, dass digitaler Unterricht zum
492 Standard wird,

493

494 → Fortbildung aller kommunalen Beschäftigten im Bereich Medienkompetenz.

495

496

497 **6.1 Verwaltung**

498

499 Eine gut funktionierende und mit Personal ausgestattete Verwaltung ist Voraussetzung, um die ihr
500 übertragenen Aufgaben sorgfältig und zeitnah zu erfüllen. Wir wollen eine Verwaltung, die ihre
501 Anträge und Formulare auch digital zur Selbstbearbeitung zur Verfügung stellt, ohne diese für die
502 Bearbeitung ausdrucken zu müssen. Wir möchten die IT-Abteilung des Landkreises zu einem
503 Kompetenz-Center erweitern, das die Verwaltung und die Schule auf die neue Technik einstellt und
504 weiterschult.

505 Wir unterstützen die Gewerkschaften, dabei eine Entlohnung für alle Beschäftigten des

506 öffentlichen Dienstes zu erreichen, die einen angemessenen Lebensstandard sichert. Dabei sind
507 die überproportionalen Anhebungen der unteren Entgeltgruppen sowie eine Verbesserung der
508 ZVK für alle Beschäftigten von besonderer Bedeutung.

509 Wir wenden uns gegen ein weiteres Outsourcing öffentlicher Aufgaben. Vorhandene Arbeitsplätze
510 im Öffentlichen Dienst sind zu erhalten und auszubauen. Auch wegen der zunehmenden
511 Digitalisierung darf kein allgemeiner Arbeitsplatzabbau stattfinden.

512

513

514

515 Wir fordern:

- 516
517 → Sicherstellung an Beschäftigten zur Gewährleistung der vorgesehen Aufgaben und Maßnahmen,
518 → Fortsetzung des Planes zur Förderung und Qualifizierung von Frauen in den kommunalen
519 Verwaltungen,
520
521 → verstärkte Bereitstellung von Anträgen und Formularen, die online zu bearbeiten sind,
522 → die Kommune und ihre Eigenbetriebe sollen weiter als Ausbildungsbetriebe tätig sein.

523

524 **7. GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE**

525

526 Viele Geringverdiener*innen, Menschen mit Behinderung, Frauen, Migrant*innen oder Menschen
527 ohne Obdach sind von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Diesen Zustand
528 dürfen wir nicht hinnehmen.

529

530 DIE LINKE kämpft für die Einbeziehung aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen in
531 die kommunalen Entscheidungsprozesse, unabhängig ihres Einkommens, ihrer Herkunft, ihres
532 Glaubens, Geschlechts oder sexueller Orientierung.

533

534 Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch
535 gemeinsam die kommunalen Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen. Das
536 ist ein Menschenrecht, welches nicht unter den Vorbehalt des Besitzes eines bestimmten
537 Reisepasses gestellt werden darf.

538

539 Auch die Ideen und die Mitbestimmung junger Hessinnen und Hessen sind eine Bereicherung für
540 die Demokratie! DIE LINKE fordert auf Landesebene deshalb das kommunale Wahlrecht für alle ab
541 dem 16. Lebensjahr.

542

543 Solange der Gesetzgeber die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen nicht schafft, müssen die
544 Ausländerbeiräte aufgewertet und auch andere Wege der örtlichen Mitwirkung vor allem für
545 Migrantinnen und Migranten geschaffen werden.

546

548 **7.1 Inklusion**

549

550 Das Thema Inklusion betrifft uns alle: sei es nach einem Unfall, im Alter oder mit einem
551 Kinderwagen. Für DIE LINKE ist klar: Alle baulichen, technischen und anderen Barrieren müssen
552 möglichst überall entfernt werden. Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung
553 muss vollumfänglich ermöglicht werden - dies gilt auch bei den digitalen Angeboten, und es
554 braucht mehr Schulbegleiter, Integrationskräfte und Fortbildungen in diesem Bereich.

555

556 Die Teilhabe muss von klein auf für alle gewährleistet werden, unabhängig davon, welche
557 Behinderung und/oder Schwierigkeiten die Menschen haben. Eltern, Angehörige und Betroffene
558 brauchen von Anfang an neutrale Aufklärungs- und Hilfsangebote an einem zentralen Ort.

559

560 Deshalb fordern wir auch für Städte und Gemeinden:

561

- 562 → alle Internetseiten der kommunalen Verwaltungen und seiner Eigenbetriebe müssen
563 barrierefrei werden,
564 → eine Aufwertung des Behindertenbeirates des Lahn-Dill-Kreises,
565 → Aufbau bzw. Erweiterung des Blindenleitsystems, Kennzeichnung von Stufen und anderen
566 Hindernissen mit Signalfarben sowie Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit akustischen
567 Ampeln,
568
569 → Installation von Stehlen mit Braille-Schrift vor wichtigen Gebäuden, auf denen die wichtigsten
570 Daten des Gebäudes zu lesen sind,
571
572 → alle Sitzungen, Sprechstunden und Veranstaltungen der Stadt müssen barrierefrei zugänglich
573 und so gestaltet sein, dass alle Bürger*innen teilnehmen können (bei Bedarf
574 Gebärdendolmetscher*in u. Ä.),
575
576 → Pflasterwege barrierefrei zu gestalten.
577 → Kitas sind alle zu inklusiven Einrichtungen umzuwandeln, sofern sie noch keine sind.

578
579

580 **7.2 Frauenpolitik**

581

582 Frauen sind noch immer in kommunalen Gremien und Vorständen in der Minderheit. Damit
583 bestimmen meist Männer über die Belange von Frauen. Die Auswirkungen sind unübersehbar:
584 Frauen leisten im Schnitt doppelt so viel unbezahlte Haus- und Fürsorgearbeit, arbeiten häufig im
585 Niedriglohnbereich und gerade alleinerziehende Mütter sind auch in unserem Landkreis
586 armutsgefährdet. Von wirklicher Gleichstellung sind wir im Lahn-Dill-Kreis immer noch weit
587 entfernt.

588

589 Deshalb fordern wir:

590

591 → eine verbesserte Frauenquote für die Führungsetagen kommunaler Behörden und
592 Unternehmen,

593

594 → mehr Plätze in Frauenhäusern und eine bessere Ausstattung dieser Schutzräume,

595 → ausreichend finanzielle Unterstützung für Frauenprojekte bzw. ein selbstverwaltetes
596 Frauenzentrum.

597

599 **7.3 Kultur / Ehrenamt**

600

601 Kultur ist ein weitläufiger Begriff. DIE LINKE. steht für eine bunte, vielfältige Kulturszene - dazu
602 gehören auch Menschen aus unterschiedlichsten Kulturkreisen. Für uns hat oberste Priorität, dass
603 jeder Mensch unabhängig von Einkommen, Herkunft oder anderen Faktoren teilhaben kann. Der
604 Lahn-Dill-Kreis kann sich zudem an einer breiten Vereinskultur erfreuen - darüber hinaus
605 engagieren sich viele Tausend Menschen ehrenamtlich z.B. in Freiwilligen Feuerwehren, dem THW
606 oder bei der Tafel. Dieses Engagement ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, und wir stehen für
607 dessen Anerkennung und Förderung.

608
609
610
611
612
613
614
615
616
617
618
619
620
621
622
623
624

626
627
628
629
630
631
632
633
634
635
636
637
638
639
640
641
642
643
644
645
646
647
648
649
650
651
652
653
654
655

Wir fordern:

→ die Einführung eines "Jugendpasses", der Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden kostenfreien Zugang zu Museen und anderen kulturellen Einrichtungen ermöglicht,

→ vergünstigten Zugang für Geringverdiener*innen zu kulturellen Einrichtungen und Events,
→ Aufwertung und Erhalt der Ausländerbeiräte,

→ Bereitstellung von Mitteln und Schaffung notwendiger kultureller Freiräume,

→ den entschlossenen Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit,

→ Beschäftigte in den Kommunalbehörden sollen kostenfreie Fortbildungen zum Themenkomplex Diskriminierung und Rassismus-Prävention erhalten,

→ eine deutlich höhere Förderung der freien Kulturszene und einen entschlossenen Kampf für die Rechte queerer Menschen.

8 ANTIFASCHISMUS - KAMPF GEGEN RECHTS

Antifaschismus und Antirassismus sind Grundlage all unseres politischen Handelns. Wir bekennen klare Kante gegen jegliche Form der Ausgrenzung, der Diskriminierung und des Abbaus von Grund- und Freiheitsrechten. Der Ausspruch "Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg" ist unsere tiefste innere Überzeugung.

Deshalb stehen wir an der Seite derer, die unter den Repressionen und Folgen des zunehmenden Erstarkens rechtsextremer Tendenzen leiden. Wir werden zu jeder Zeit und überall friedlichen, aber bestimmten Protest auf die Straße und in die Parlamente tragen.

Deshalb stehen wir für:

→ Intensivierung des kommunalen Engagements gegen Rechts und Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen,

→ Fortwährende Sensibilisierung aller Kommunalbeschäftigten im Bereich Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit,

→ eine Null-Toleranz-Politik bei Bekanntwerden von rechtsextremen Tendenzen in den Kommunalbehörden,

→ Förderung von Städten und Gemeinden, die sich zum "sicheren Hafen" für Geflüchtete erklären,

→ Förderung von Schulen, die sich an Projekten, wie z.B. "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" beteiligen.

656
657
658
659
660
661
662
663
664
665
666
667
668
669
670
671
672
673
674
675
676
677
678
679
680
681
682
683
684
685
686
687
688
689
690
691
692
693
694
695
696
697
698
699
700
701
702
703

9. FLÜCHTLINGSPOLITIK

Die Flüchtlingszahlen werden nicht sinken, solange die Fluchtursachen weiterbestehen. Für Kriege und Bürgerkriege, für Armut und Perspektivlosigkeit in den Herkunftsländern der Flüchtlinge tragen die Europäische Union und auch die Bundesrepublik eine große Mitverantwortung.

Millionen Menschen werden in die Flucht getrieben, wenn souveräne Staaten wie Libyen zerbombt oder wie Syrien mit einem durch europäische Waffen angeheizten Krieg überzogen werden. Wenn europäische Fangflotten afrikanische Küstengewässer leerfischen und eine den Westbalkanstaaten aufgezwungene neoliberale Privatisierungs- und Kürzungspolitik zu Massenarbeitslosigkeit und Armut führen, werden Hunderttausende ihr Heil in der Flucht in die EU sehen.

Zu einer grundlegenden Wende der europäischen Flüchtlingspolitik muss die Bekämpfung von Fluchtursachen gehören, nicht die Schaffung neuer Fluchtgründe.

In ihrer gesellschaftlichen Verantwortung setzt sich DIE LINKE Lahn-Dill aktiv für eine offene Willkommenskultur für Flüchtlinge aus Krisengebieten ein. Wir treten Fremdenfeindlichkeit, rassistischen Vorurteilen und der Diskriminierung anderer Minderheiten entschieden entgegen.

Wir sehen die Aufnahme und die Integration der aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen als Chance, nicht nur bezogen auf eine interkulturelle Bereicherung.

Soweit eine vorläufige Unterbringung von Asylsuchenden in größeren Wohneinheiten unvermeidlich ist, müssen qualitative Mindeststandards erfüllt werden! Schutzsuchende sind häufig traumatisiert und bedürfen besonderer Ruhe und Sicherheit, ihre Privatsphäre muss geschützt werden (z.B.: keine Unterbringung mit Fremden in einem Raum); eine eigenständige alltägliche Lebensgestaltung muss ermöglicht werden (unter Berücksichtigung kulturell oder religiös bedingter Besonderheiten z.B. beim Essen/Kochen oder den Tagesabläufen usw.); die besonderen Bedürfnisse der Kinder müssen umfassend berücksichtigt werden; Frauen müssen vor sexuellen Übergriffen geschützt werden. Es bedarf zudem einer guten asyl- und sozialrechtlichen Betreuung und Beratung.

Die medizinische Versorgung der asylsuchenden Menschen muss ebenso gewährleistet sein wie die psychologische Betreuung der von Krieg und Not betroffenen Flüchtlinge.

DIE LINKE Lahn-Dill tritt sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kommunalgremien für die Belange der Asylsuchenden ein.

Wir fordern:

→ Vorhaltung ausreichend fester Unterkünfte,

eine umfassende Gesundheitsversorgung aller Asylbewerber*innen muss sichergestellt werden,

Schaffung und Ausbau von Begegnungsstätten mit Lehr- und Beschäftigungsangeboten für Asylbewerber*innen und Anwohner*innen,

Förderung von Gemeinden und Städten, die sich zum „sicheren Hafen“ für Geflüchtete erklären

704
705
706
707
708
709
710
711
712
713
714
715
716
717
718
719
720
721
722
723
724
725
726
727
728
729
730
731
732
733

735
736
737
738
739
740
741
742
743
744
745
746
747
748
749
750

10. FINANZIERUNG

Die Aufgaben der Daseinsvorsorge dürfen zukünftig nicht dem Markt überlassen bleiben, dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern die Profitinteressen des Finanzkapitals sind. Ebenfalls setzen wir uns daher für ein gerechtes Finanzierungssystem durch Bund und Land ein, das es auch in der Praxis ermöglicht die kommunale Selbstverwaltung mit Leben zu füllen, sodass nicht nur die zugewiesenen Aufgaben unzureichend bezuschusst werden.

Als Lahn-Dill-Kreis müssen wir in der Lage sein, beispielsweise Schulen zukünftig zeitnaher zu sanieren und mit den erforderlichen Sachmitteln auszustatten.

Darüber hinaus ist der Kreis aber auch in der Verpflichtung, den Ausbau der erforderlichen Infrastruktur wie die Digitalisierung und den ÖPNV mit voranzutreiben.

Trotz des Einnahmeeinbruches durch die Coronakrise im letzten Jahr, werden wir uns nicht automatisch den Sachzwängen unterwerfen. Das rasante Wachstum von Vermögen der Reichen und Superreichen in den letzten Jahren und sogar während der Krisen zeigt, dass eine Vermögensabgabe und die Wiedereinführung einer angemessenen Vermögenssteuer, besonders zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben und der Corona-Pandemie-Kosten, notwendig, angemessen und gerecht ist!

Auch künftig, werden wir keinem einzigen kommunalen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Allgemeinheit sinnvoll und notwendig ist, nur deshalb die Unterstützung versagen, weil angeblich die finanziellen Mittel fehlen.

Statt Kürzungsdiktaten der 2000er Jahre müssen planungssichere Einnahmen, ein gerechtes Steuersystem und auch notwendige Neuverschuldungen genutzt werden, um die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken. Dies muss die Antwort auf die aktuelle Finanzkrise sein.

Die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs ist ein Nullsummenspiel zulasten der hessischen Kommunen. In der Folge werden zunehmend die hessischen Bürgerinnen und Bürger durch Erhöhungen von Gebühren zur Kasse gebeten. Aufgaben der Daseinsvorsorge werden einem Markt überlassen, dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern Profitinteressen des Kapitals sind. Diesen sog. „Sachzwängen“ werden wir uns nicht unterwerfen. Geld ist genug da. Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Wohlhabenden entsprechend ihrer Zahlungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen Aufgaben, die allen Bürgern zugutekommen, problemlos erfüllt werden.

Wer aber das finanzielle Desaster der Kommunen fundamental beseitigen will, muss auch die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland beenden, bei der der Reichtum in wenigen Händen angehäuft wird, während die Armut im Lande wächst und die öffentlichen Kassen ausgeplündert werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir deutlich machen, dass notwendige Investitionen in soziale Einrichtungen oder in die Bildung nicht an fehlendem Geld scheitern, sondern an einer Politik, für die das politische Establishment verantwortlich ist.

751 Statt einer schädlichen Schuldenbremse, vermeintlichen Rettungsschirmen und Kürzungsdiktaten
752 müssen planungssichere Einnahmen für die Kommunen sowie ein Steuerrecht, das die öffentliche
753 Daseinsvorsorge stärkt, geschaffen werden.

754

755 Zur Verbesserung der Finanzierung der Kommunen fordern wir von Bund und Land:
756 dass die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer, in die alle Gewerbetreibende
757 gemäß ihrer Wirtschaftskraft einbezogen werden umzuwandeln wird,
758 kommunale Investitionen aus Bundesmitteln, die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an den
759 Bund, einen besseren und gerechten kommunalen Finanzausgleich.

760

761

762 **MITMACHEN** bei DIE LINKE im Lahn-Dill-Kreis

763 Wir machen keine Stellvertreterpolitik und laden Dich ein, ganz konkret mitzumachen und Dich
764 einmischen! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

765

766 **Mach mit im Wahlkampf!**

767 Werde Botschafterin oder Botschafter für soziale Gerechtigkeit und einen Politikwechsel in
768 unserem Land. Du kannst uns helfen, einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen und dieses Land
769 nachhaltig zu verändern.



770

771 •**Du hast Freund*innen und Bekannte**, die noch nicht genau wissen, ob und wen sie am 14.
772 März wählen sollen: Sprich sie an, erinnere sie an die Wahl und erkläre ihnen, warum es
773 wichtig ist, diesmal DIE LINKE zu wählen.

774 •**Du gehst viel in deinem Viertel spazieren**: Nimm ein paar Flyer und Zeitungen mit und
775 verteile sie in deiner Nachbarschaft.

776 •**Du hast keine Angst auf Menschen zuzugehen**: Unterstütze uns bei unseren Infoständen
777 und Aktionen in der Stadt.

778 •**Du kannst gut mit Facebook und Co umgehen**: Unterstütze unseren Online-Wahlkampf,
779 teile unsere Inhalte, lade Freunde ein und zeige dich online.

780

781 **Keine Zeit? Jeder Euro hilft!**

782

783 DIE LINKE ist die einzige der im Bundes- und Landtag vertretenen Parteien, die keine Großspenden
784 von Konzernen, Banken, Versicherungen und Lobbyisten erhält. Unsere wichtigste Einnahmequelle
785 sind unsere Mitgliedsbeiträge. Das macht uns unabhängig vom Einfluss Dritter. Wir sind nicht
786 käuflich. Für Spenden von Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten
787 sind wir aber dankbar. Durch diese Spenden ist es möglich, Projekte und Kampagnen zu
788 finanzieren, die wir uns sonst nicht oder nicht in diesem Maße leisten könnten. Dafür danke ich im
789 Namen der Partei DIE LINKE allen Spenderinnen und Spendern ganz herzlich. Nur weiter so! Wir
790 haben noch viel zu tun und jede Menge gute Ideen, die wir mit zusätzlichen Spenden verwirklichen
791 können. Uns hilft jeder Euro.

792

793 1.Deine Spende ist wichtig, damit wir stark sein können für eine gerechte und friedliche
794 Politik

795 2.DIE LINKE nimmt keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten an – als einzige Partei

796 3.Bis zu 50 Prozent Deiner Spende bekommst Du über die Steuererklärung wieder.

797

798 **DIE LINKE. Kreisverband Lahn-Dill**

799 **IBAN: DE69515500350000046128**

800 **Verwendungszweck: Spende**

801

802 Bitte gib bei auch deinen Namen, *Vornamen und den Wohnort an. Deine Daten behandeln wir*
803 *selbstverständlich vertraulich.*

804

805 **Jetzt Mitglied werden!**

806 Mitmachen und einmischen! Für Solidarität und den sozialökologischen Umbau der Gesellschaft.

807 Gegen Waffenexporte und Kriegseinsätze der Bundeswehr.

808 Für mehr Demokratie und eine gerechte Verteilung des Reichtums.

809

810 **[Hier kannst Du sofort und online Deinen Eintritt in die Partei DIE LINKE erklären.](#)**

811

813 Mehr unter: www.die-linke-ldk.de

814 Instagram: [@linke_lahndill](https://www.instagram.com/linke_lahndill)

815 Facebook: [@DIE.LINKE.LDK](https://www.facebook.com/DIE.LINKE.LDK)